K-5-3660 Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: Linda Schwarz (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu K-5

Von Zeile 937 bis 939:
aus der Todesdrohungen mit der Kennung NSU 2.0 verschickt wurden. Es mussten zwei Staatsanwälte in der Berliner Justiz umgesetzt werden. ~~Noch~~Betroffene fühlen sich vom Staat nicht mehr geschützt und noch immer ist kaum etwas aufgeklärt – weder Brandanschläge noch Bedrohungen und auch nicht der Mord an Burak Bektas aus dem Jahr

Begründung

Nichts ist aufgeklärt, erst verdächtigte und dann festgenommene Neonazis wurden wieder freigelassen. Fehler und Befangenheiten der Sicherheitsbehörden und Justiz werden offen gelegt. Betroffene fühlen sich weiter bedroht und fürchten Racheakte, das kann man der Presse, aber auch persönlichen Gesprächen entnehmen.

Die Betroffenenperspektive einzunehmen und hier zu erwähnen, bedeutet, das Problem umfänglich anzugehen und das unerträgliche Leid sichtbar zu machen, das durch rechtsextreme Bedrohung sowie Fehler bei der Aufklärung und Verhinderung solchen Unrechts entsteht.

Unterstützer*innen

Richard Steinberg (KV Berlin-Neukölln); Thore Hagemann (KV Berlin-Neukölln); Eva Seiwert (KV Berlin-Neukölln); Kathleen Judith Hughes (KV Berlin-Neukölln); Michael Haßlbeck (KV Berlin-Neukölln); André Schulze (KV Berlin-Neukölln); Irene Hilden (KV Berlin-Neukölln); Lukas Winkler (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Maria Kipp (KV Berlin-Neukölln); Charlotte Foerster-Baldenius (KV Berlin-Neukölln); Christian Hoffmann (KV Berlin-Neukölln); Oliver Powalla (KV Berlin-Neukölln); Swantje May (KV Berlin-Neukölln); Georg P. Kössler (KV Berlin-Neukölln); Jan Stiermann (KV Berlin-Neukölln); Manfred Herrmann (KV Berlin-Neukölln); Kadir Sahin (KV Berlin-Neukölln); Miriam Siemon (KV Berlin-Kreisfrei)